

Saale-Beitung.

Verleger

werden die 6 getragene Beilage oder deren Raum mit 20 Pf., falls aus Halle mit 20 Pf. bezogen und in unsere Annoncenstellen und allen Anzeigen Gebühren angemessen. Bestellen die Seite 16 Pf. für Halle, außerhalb 1 Bl.

Ersteht täglich neu, Sonntag und Feiertage ausnahmslos.

Schreibleitung und Druck-Verlag: Halle, Gr. Braunschweig 17; Verlagsstellen: Nr. 24.

Bezugspreis
In Halle vierteljährlich bei postlicher Zahlung 2,50 Mk., durch die Post 2,75 Mk., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am amtlichen Zeitungsbüro in Halle unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für ununterbrochen eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Kostenangabe „Saale-Beitung“ gestattet.
Verleger: der Schriftleitung Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1170;
der Abonnements-Abteilung Nr. 1128.

Halle, Donnerstag, den 12. Februar

1914.

Nr. 72.

Die Novelle zum Kommunalabgaben-Gesetz.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist jetzt der schon vorher viel besprochenen Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vorgegangen. Die umfangreiche Vorlage behandelt außerordentlich viel Einzelheiten, und ihre Bestimmungen sind vielfach so kompliziert und von so weittragender Bedeutung, daß ein abschließendes Urteil natürlich erst nach dem Gang der parlamentarischen Verhandlungen, insbesondere nach den Kommissionsberatungen gefällt werden kann.

Die Regierung geht in der Begründung davon aus, daß die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes vereinfacht werden müßten. Das kann man nur billigen. Ob es aber eine Vereinfachung ist, wenn sie die Erhöhung der Marktanzugsgeber als Belohnung für Erhebung von Verwaltungsgeldern, die Verpfändung der Gemeindefinanzen, die Befreiung der Zahlung einer Gemeindefinanzsteuer und vor allem die Erweiterung des Kreises der Grundbesitzpflichtigen Eigenschaften in Vorschlag bringt, läßt sich doch äußerst fraglich, auch wenn man nicht verkennet, daß die Gemeinden durch die Erhöhung ihrer Lasten durch die staatliche Gesetzgebung, der bei armen Gemeinden sogar eine Verminderung der Einnahmen durch das Kinderprinzip gegenübersteht, in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Von 811 Gemeinden Preussens, die über 5000 Einwohner zählen, mußten heute 532 mehr als 200 Proz. Kommunalsteuern erheben; fraglich ist nur — das haben wir schon früher betont — ob es nicht eine Verschlechterung wäre, wenn man statt dieser Steuern der Leistungsfähigkeit entsprechend zu verteilen, wie es durch die Einkommensteuerzufolge geschieht, einen Teil in Form von Verwaltungsgebühren erhebt, die die Leistungsfähigkeit unberücksichtigt lassen und vermehrtes Schreibwerk, also Mehrarbeit, erfordern.

Der diesen Punkt regelnde § 24 der Vorlage wird in der Begründung als „bedeutungsvolle Neuerung“ bezeichnet, insofern, als er eine Einschränkung des Grundsteuerprivilegs juristischer Personen bringt. Vor allem sollen Staat und Reich für die Grundstücke, die sie in den Gemeinden haben, zur Grundsteuer herangezogen werden können. Die Motive gehen mit Recht davon aus, daß der Gesetzgeber die Gemeinden im Genuß der Steuerquelle, die im Grund- und Gebäudebesitz besteht, nach Möglichkeit zu schützen habe. Es wird darauf hingewiesen, daß in der neueren Zeit in verschiedenen großen Gemeinden, die Provinzen, Staats- und Reichsbahnen mit Krankenhäusern, Schulen, Dienstwohnungen usw. in die Gebiete anderer Gemeinden überließen, denen bisher das Recht nicht gewährt war, hier eine steuerliche Belastung eintreten zu lassen. Hier will der Gesetzgeber nunmehr eine Verringerung zugunsten der Gemeinden einführen.

Außerordentlich lebhaftes Erörterungen dürfte der § 25 herbeiführen, der von den besonderen Steuern vom Grundbesitz handelt und dabei Ausnahmen zuläßt für diejenigen Grundstücke, die bauernd Land- oder Forstwirtschaftlichen oder Gärtnereizwecken zu dienen bestimmt sind und von ihren Eigentümern oder deren Kindern selbst verwaltet werden. Diese Grundstücke sollen nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem Ertragswert besteuert werden, und

war soll ein Ertragswert des fünfundsiebzigfachen des Reinertrages gelten, den die Grundstücke bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung mit fremden Arbeitskräften nachhaltig gemähen können; die Regierung will hiermit, wie sie sagt, die hodenländische Landwirtschaft vor der Gefahr schützen, daß sie durch Verhinderung ihrer Ränderen als Bauplätze für Umwandlung ihres Besitzes in Bauland oder zum Verkauf gezwungen wird. In sehr ausführlichen Darlegungen vertritt die Regierung diese Befreiung der vor den Toren der Städte liegenden Landwirte und Gärtner von der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, der sich im allgemeinen als weit höher herausstellen wird als der Ertragswert, zu begründen. Sie sagt, sie wolle den schaffenden Landwirt davon befreien, daß sein Besitz als Bauland gemietet und er damit in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet wird. Allerdings hat die Regierung selbst sofort eingesehen, daß die Grundbesitzspeculation sich solcher steuerlich unerschöpflicher begünstigter Bestimmung bedient, und die Landwirte als Strohmann vorführen könnte. Gewisse Bestimmungen des Gesetzes sollen dieser Entwicklung einen Riegel vorsetzen. Ob dies alles möglich sein wird und ob in dem § 25 nicht eine Bevorzugung agrarischer Kreise liegt, die sich nicht rechtfertigen läßt, über diese Frage wird man sich in den Verhandlungen über das Gesetz eingehend zu unterhalten haben.

Sympathisch berührt der Vorschlag, die Staatsaufsicht über die Gemeindeabgaben einigermaßen einzuschränken. Die bisher übliche Doppelkontrolle der Gemeindebeschlüsse wird vom Entwurf beibehalten. Weiterhin ist es erforderlich, daß der Entwurf die Grenze für die Genehmigung der Zuschläge zur Staatseinkommensteuer von 100 Proz. auf 150 Prozent hinaufrückt. Er bereitet damit eine große Anzahl von Gemeinden von der von ihnen als sehr lästig empfundenen Kontrolle ihres Etats. Im übrigen wird abzuwarten sein, wie sich Herrenhaus und Abgeordnetenhaus zu der Vorlage stellen, die sicherlich langwierige Verhandlungen im Gefolge haben wird.

Konserervative Wahlunterstützung für Sozialdemokraten.

Die Konservativen machen den liberalen Parteien oft genug den Vorwurf der Unterstützung der Sozialdemokratie. Sie selbst aber haben niemals Bedenken getragen, die Sozialdemokratie gegen Liberale zu unterstützen. Die Stichwahl zum künftigen Landtag endete Dienstag mit einem Sieg der Volkspartei. Der fortschrittliche Kandidat Störche erhielt 1149, der Sozialdemokrat Beder 1063. Die Konservativen können zur Hälfte für den Sozialdemokraten! Das tritt nur allem zutage in den Hochburgen der Konservativen, in denen von einem geradezu geschlossenen Eintreten konservativer Wählermassen für den Sozialdemokraten zu sprechen ist. Die Karole des Hauptortandes der konservativen Partei ist von den Wählern im Lande richtig verstanden worden, daß man seine Wahlenthaltung über dürfe, sondern man gegen den liberalen Kandidaten für den sozialdemokratischen zu votieren habe. Die politischen Folgen dieser konservativen Haltung werden nicht ausbleiben. Wenn der fortschrittliche Kandidat trotzdem siegt hat, so nur deshalb,

weil der fortschrittlichen Partei große Mehreren zur Verfügung gefunden haben, die von ihr nahezu reflexlos an die Wahlurne gebracht worden sind.

In der Hauptwahl hatte der liberale Kandidat S i e r d e 1012, der Sozialdemokrat 754, der Konservative 717 Stimmen erhalten. In der Stichwahl stieg der Sozialdemokrat auf 1063, also auf eine höhere Stimmzahl, als sie der Liberale in der Hauptwahl bekommen hatte. Nur dadurch, daß Störche aus eigener Kraft noch 147 hinzugewann, demnach 1149 Stimmen erhielt, konnte er den Sieg an seine Fahne fesseln. Der enorme sozialdemokratische Zuwachs um 309 Stimmen kommt fast ausschließlich aus konservativen Kreisen. Er wurde überwiegend aus den konservativen Hochburgen geliefert. Dies zeigen die Einzelheiten:

In Cappel hatten die Konservativen damals 46, die Sozialdemokraten 22, die Liberale 20 Stimmen. Jetzt erhielt der Sozialdemokrat 42, also 20 mehr, der Liberale nur 21 Stimmen. In Wismar hatte der Sozialdemokrat bei der Hauptwahl 25, jetzt 71 Stimmen; 77 konservative Stimmen waren hier vorhanden; der Liberale stieg nur von 47 auf 55. In Vieme lag der Sozialdemokrat um das Doppelte, von 44 auf 88, der Liberale nur von 116 auf 127; 58 konservative Stimmen fanden zur Verfügung. In Verbitz tam der Sozialdemokrat von 53 auf 79 Stimmen in die Höhe, der Liberale nur von 45 auf 46, 79 konservative Stimmen waren bei der Hauptwahl abgegeben. In Brothausen stieg der Sozialdemokrat um über das Doppelte, von 16 auf 33, der Liberale nur von 8 auf 11 Stimmen. Die Konservativen hatten bei der Hauptwahl 32 Stimmen abgegeben. In Nolebed ging der Sozialdemokrat von 13 auf 29 in die Höhe, der Liberale blieb bei 14 stehen; die Konservativen hatten 56 Stimmen zur Verfügung. Dagegen ist in Orten, wo die Konservativen nur wenige Stimmen gehabt hatten, auch bei der Stichwahl der Sozialdemokrat nur um geringe Ziffern in die Höhe gegangen.

Hier haben wir den vollständigsten Beweis für die politische Stimmabgabe der Konservativen zugunsten der Sozialdemokratie. Wir sind begierig zu erfahren, wie die konservative Parteileitung dieses Verfahren zu rechtfertigen versuchen wird. Dieselben Konservativen aber, die hier fasten Blutes für den „Tobekind von Staat und Gesellschaft“ getrimmt haben, verlangen vermutlich alsbald, daß die Liberale in Sejidow in der Stichwahl den Konservativen wählen sollten — aus „nationalen Gründen!“ Es geht doch nichts über politische Feindschaft!

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Das Auftreten des Abgeordneten S o f f m a n n im preussischen Abgeordnetenhaus gibt zu lebhaften Bedenken Anlaß. Eine Rede von 7 Stunden Länge läßt sich nur allenfalls bei ungewöhnlich günstigen Situationen und um damit irgend einen bestimmten wichtigen Zweck zu erfüllen, rechtfertigen; sonst ist sie unerträglich, weil unmöglich und eine Verdrängung der Redebeiträge der anderen Abgeordneten bedeutet. Ein solcher Anlaß für die Dauerrede Hoffmanns lag nicht vor. Sein Material hätte sich auf und gerne zu einer höchstens zweistündigen Rede konzentrieren lassen. Sehr mühten seine Ausführungen wirken wie ein Affront gegen das ganze Haus. Politisch war ihre Länge höchst unglücklich, denn sie lieferten den Gegnern der parlamentarischen Freiheit den willkommenen Vorwand, daß die Rede zu lang sei.

braten war, war ich auch bald müde. Aber du wirst gewiß nicht dem Papa oder der Mama was davon sagen, sonst müßten wir drei Jungen aus dem Hause laufen gehen.“
Der andere sagte: „A was geht mich der Hahn an, der konnte in seinem Hof bleiben.“ Ludwig sagte, daß er ebenfalls das Recht genießen, was einem am Morgen früh auf den Hof geflogen sich einführt, könnte man mit Recht behalten. Das ist auch recht, dann sollen die Leute ihr Vieh heftig verwalten; denn durch Vieh können auch große Unglücke kommen. —

Ludwig von Beethoven war eines Morgens in seinem Schlafzimmer nach dem Hof zu und lag im Fenster. Er hatte den Kopf in beide Hände gelegt und sah ganz traurig auf einen Fiedeln hin. Cäcilie Fißcher kam über den Hof und sagte ihm: „Wie sieht's aus, Ludwig?“ erhielt eine Antwort. Näher fragte sie ihn mal, was das bedeute? Keine Antwort ist auch Antwort. Er sagte: „D nein, das nicht, entschuldige mich, ich war da in einem so schönen tiefen Gedanken beschäftigt, da konnte ich mich gar nicht fügen lassen.“

Von dieser Zeitreueit des werdenden Genies, dem im späteren Jahren aus diesem Grunde so oft der Vorwurf der Rücksichtslosigkeit und des ungebildeten Benehmens, ja der Verächtlichkeit gemacht wurde, haben wir noch in einem Bericht, der von dem bekannten Joh. Peter Unger in der „Wiener Zeitschrift“ vom 16. Sept. 1845 veröffentlicht wurde. Karl fand ihn im jählichen Nachhlag in der König. Bibliothek zu Berlin. Dort lies er: Beethoven war als 17jähriger Jüngling eines Abends bei der Familie Simrod, wo eine junge Anverwandte den Kindern Märchen erzählte. Beethoven sah mit vorgerücktem Kopf, die Hände auf die Arme gestützt und hörte zu, unterbrach aber oft die Erzählern, indem er fragte: „was? das lagte der? das tat die? wobei er dann oft die widersprechenden Reden ätzerte, bis die Kinder über sein Mißverständnis laut lachten. Der verhasste Sänger habere Beethoven kein Wort mehr sprach.“

So ließen wir bereits in der frühen Jugend des Meisters vor der Frage, ob diese Beobachtungen schon mit seinem tragischen Verhängnis, dem schweren Gehörlosen und der schließlichen Taubheit, in Zusammenhang zu bringen sind. —

Fzuilleton.

Vom jungen Beethoven.

Bei dem heutigen allgemeinen Interesse für psychologische Erkenntnisse dürften Mitteilungen über den jungen Beethoven willkommen sein, die ein Bild auf die Höhe des späteren Meisters werfen. Dieser galt den Wienern im allgemeinen als ein Narr, besonders dem gewöhnlichsten Volk; und auch von den Gebildeten und Musikverständigen waren manche von seiner Verriektheit überzeugt, als sie seine letzten genialen Werke hörten.

Wir sind heute in der Lage, das ganze Leben des Meisters an der Hand eines neuen Werkes zu verfolgen, das endlich die schon seit Jahrzehnten gewünschte Sammlung der Erinnerungen an den Meister bringt. Dort finden wir auch Berichte aus Beethovens Jugendzeit, von denen wir unsere Faszeln in nachfolgenden einige mitteilen.

Ein Spielkamerad des kleinen Beethoven war der spätere Wäldermeister Gottfried Fißcher in Bonn, der hochbetagt 1864 starb, vorher aber seine und seiner älteren Schwester Cäcilie Erinnerungen niederzschrieb, die nun im Beethovenhaus zu Bonn aufbewahrt werden. Kurz hat die schriftliche Form der Fißcher'schen Erzählungen getreu beibehalten, in denen wir S. folgendes lesen.

Es war ein Mensch mittlerer Jahre in Bonn, namens Stomms, der früher auch Musiker war und komponieren gelernt hatte. Er war dadurch, wie man sagte, irrsinnig geworden, hatte die Gemohnheit, durch die Stadt zu gehen, in der rechten Hand einen Taktschläger und in der linken eine Kasse Klagen; er redete kein Wort. Wenn er in die Rheinstraße Nr. 934 ins Unterhaus kam, wo fetter an ihm dachte, schlug er mit seinem Stab im Unterhaus auf den Tisch und wies nach oben auf Beethovens Wohnung, als wollte er zu versehen geben, daß da auch Musiker wären, und schlug dann

mit dem Taktschläger auf die Noten den Takt, redete kein Wort.

Ludwig van Beethoven lachte oft darüber, sagte mal: „Da können wir sehen, wie es den Musikern ergeht; dieser ist schon durch die Musik irre geworden. Wie mag es uns noch ergehen?“

Es scheint, als wenn es diesen unfähigen Musiker schon geahnt hätte; denn er dann herausging, auf der Straße war, dann wies er auf Beethovens Quartier und schlug mit dem Taktschläger auf die Noten, ging fort.

Wenn das Sprichwort oft angenommen wird, die Kinder und die Gaden (scheinlich für Narren) deuten oft die Wahrheit an, so könnte man denken (da er immer auf Beethoven hinwies), er hätte sagen wollen, daß Ludwig van Beethoven als ein großer Narr auszu sehen werde, von dem nach viel gesprochen werde.

Cäcilie Fißcher war oft darüber aufgebracht, daß der Narr immer nur in dieses Haus kam und die Leute erschreckte. —

In einem frühen Sommermorgen hatte sich aus einem benachbarten Hof ein Hahn verfliegen, hatte sich auf Fißchers Hintergebäude aus das Dach niedergelassen, wo Ludwigs Vater und Mama schliefen, fraßenwärts.

Die drei Anaben schliefen nach dem Hofe zu, Ludwig hat den Hahn gleich gesehen. Die Fißcherkinder schliefen auch nach dem Hofe zu, die hatten den Hahn auch gesehen, die sahen im stillen zu, wie sich der Spah endigte.

Ludwig sagte: „Der Hahn, das scheint mir ein junger fetter Kauter zu sein, der hat noch Heme Sooren. Sieh mal, sieh mal, wie ich uns der Hahn so genügt empfindet! Wenn ich den erwischen könnte, wolle ich ihn bald den Takt schlagen.“

Ludwig und Karpar kamen schliefend auf den Hof, lodten und flatterten (schmeißelten) mit dem Hahn, bis sie ihn erwischt hatten. Da hielten sie ihm den Hals zu, daß er nicht schreien konnte, ließen darauf auf ihren Speicher und ludten. Nun hatten sie sich mit der Wagg vermutlich verabschiedet, daß sie den Hahn, wenn der Papa und die Mama heraus waren, dann anrichteten.

Den anderen Tag lagte der Hausjohann Johann Fißcher zu Ludwig: „Der Hahn muß auch Musiker geworden sein; denn ich habe gehört, der Hahn hat Altstimme geungen.“ — Sie ludten, Ludwig sagte: „Der Altstimme, wie er genug ge-

kommenen Anlaß, Verfügungen der Geschäftsordnung zu verlangen. Die mehr als taffelosen Ausfälle Hoffmanns gegen die Minister bringen natürlich erst recht Wasser auf die Mühle der Schatzmacher. Der Erfolg war: Eine Ueberanstrengung des Stenographen und ein paar weitere förmliche Reden des Konventionars Herrn v. d. Groden und des Konventionärs H. v. d. M. a. n., die natürlich bei Gelegenheit beim Schotze lösten, um nach einem Hauptaufsatze zu ruhen, d. h. einer Forderung der Geschäftsordnung, die das Reden kontingiert. Bemerkenswert war die Schärfe des Unterstaatssekretärs Holz, der die teilweise unqualifizierbaren Angriffe gegen den Minister des Innern zurückwies. Herr v. Dalwitz, der aus seiner reaktionären Gelinnung nie ein Schritt gemacht und darum als Politiker für die Sozialisten bei den Liberalen gefürchtet wurde, hatte durch die Anträge einen ungewollten Erfolg, der freilich dem Reichstag, nicht dem Reichstag, galt. Er rieth aber die günstige Gelegenheit aus und nahm noch einmal das Wort. Nach ihm erklärte sich der Zentrumsoberredner Herold ebenfalls gegen die Art und Weise des Herrn Hoffmann. Nach einem persönlichen Bemerkungen, die Herr Hoffmann und Herr v. Kardoff miteinander austauschten, wurde die Sitzung am 9. Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr, Wiederberatung.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

Berlin, 10. Februar.

In der anstehenden Diskussion nahm zunächst Kammerherr v. Oldenburg-Januschka das Wort, der gegen die Dienstbotenüberforderung auf dem Lande, die unzulässig wäre und nur Kosten mache, und gegen die Freigängigkeit sprach. Er meinte: Vor allem ist da die Stärkung der erteilenden Autorität zu nennen, damit die Eltern ihre Kinder auf dem Lande zurückhalten können über das schulpflichtige Alter hinaus, bis die Jungen zum Militär kommen, und die Mädchen bis zu 20 Jahren. Schon aus sanitären Rücksichten wäre das sehr zu empfehlen. Das zweite aber — was ich für ein ganz hervorragendes Mittel halten würde — wäre, daß in den Städten aufgegeben würde, niemanden aufzunehmen, der nicht in der Lage ist, nach zuweisen, daß er wenigstens eine Wohnung hat. Es ist

ein Ausspruch der Freigängigkeit.

daß jemand hingehen kann, wohnen er will und hier ohne weiteres der Armutspflege anheimfällt. Es kann in den jetzigen noch fäulnisreichen, die Arbeitslosigkeit groß ist, die Leute früher nicht danach, sie gehen doch in die Städte. Auf dem Wege der Gefährdung muß es verhindert werden, daß dieser Zustand weitergreift. Auf dem Lande stehen die Wohnungen leer, in den Städten herrscht Wohnungsmangel. Auf dem Lande fehlen Arbeiter, in den Städten herrscht Arbeitslosigkeit.

Landrat a. D. v. R. Kling (Nieder-Zauche) legt Versicherung ein gegen die Keuzerung eines Referenten, die es gelungen habe, als ob das Geld den Gutsherrn beherrschte. Das sei Gott bei Dank nicht der Fall.

Der Kronprinz verabschiedete sich hierauf von der Versammlung und verließ den Saal.

Schließlich wurden folgende Leitzätze einstimmig angenommen:

1. Die zunehmende Abhängigkeit der deutschen Landwirtschaft von ausländischen Wanderarbeitern muß wegen der mit ihr verbundenen nationalen und wirtschaftlichen Gefahren herabgemindert und allmählich beseitigt werden;
2. Die Handelspolitik hat Landwirtschaft und Industrie gleichmäßig zu berücksichtigen; die Landwirtschaft muß auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Es ist eine den Bedürfnissen der Landwirtschaft in den einzelnen Gebieten entsprechende Grundbesitzverteilung zu erstreben;
3. die ländliche Wohlfahrtspflege im weitesten Sinne des Wortes ist auszubauen; insbesondere ist der Bau gesunder Arbeiterwohnstätten (Zustehler, Mietwohnungen, Eigenhäuser) durch Kredithilfe zu fördern, und es sind in Gegenden, in denen es für kleine Parzellen an Pacht- und Kaufgelegenheiten fehlt, die Gemeinden mit Land auszustatten, welches zu mäßiger Pacht an die in ihnen zur Miete wohnenden Personen zu vergeben ist.
5. Die erteilte Autorität ist zu stärken, besonders auch gegenüber der nichtjuristischen Ausübung der Freigängigkeit auf jugendliche Personen.
6. Der Geburtenrückgang ist zu bekämpfen.
7. Die wissenschaftliche Erforschung der Landarbeit und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Landarbeiter und Kleinrentner sind Mittel bereit zu stellen.

Generel:
Die Ausbildung der landwirtschaftlichen Maschinen ist bereits jetzt zu einer solchen Höhe gediehen, daß die Maschinenbenutzung sehr viel vom Ertrag der Handarbeit, besonders der Saisonarbeiter, beitragen kann; eine noch erheblich weitere Verstärkung der Maschinenarbeit ist aber notwendig. Sie muß einerseits durch technische Erfindungen und Verbesserungen seitens der Industrie ermöglicht werden, andererseits müssen die Landwirte und ihre Angestellten die Wirtschaftlichkeit der Maschinenverwendung durch richtige Auswahl beim Kauf und sachgemäße Behandlung verbessern. Die Anleitung dazu sollen sie in ihrer Ausbildung und durch besondere Unterrichtskurse erfahren.

Nach einer kurzen Pause referierte der Präsident Graf v. Schwerin-König über die Frage der landwirtschaftlichen Vorbereitung auf den Ablauf unserer Handelsverträge. Der Redner mußte an die Auslegung des Staatssekretärs des Innern an, daß die jetzigen Handelsverträge im großen und ganzen aufrechterhalten bleiben müßten und erklärte, daß diese Stellungnahme maßgebend sei für die Stellung der deutschen Landwirtschaft zu den neuen Handelsverträgen. Es ist, so führte Graf Schwerin weiter aus, heute tatsächlich nicht mit absoluter Sicherheit zu übersehen, ob eine Kündigung der gelamten jetzigen Handelsverträge im Interesse der Landwirtschaft liegt oder nicht. Es ist nicht zu verkennen, daß bei einer totalen Neuregelung der Handelsverträge eine Gefährdung unseres Wohlstandes in höherem Maße erfolgen kann, als wenn die Handelsverträge nicht von Grund aus neu geregelt werden müssen. Im großen und ganzen werden wir in der Kündigung oder Nichtkündigung der Handelsverträge durch das Bestehen unserer Gegenverträge bestimmt, und die Aufnahme des

Interesses allerdings auf eine Kündigung zu deuten. Wir müssen uns also zu einer Neuregelung rufen, und da wird uns die Fortschrittsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats gute Dienste leisten. Hauptpflicht muß aber das Verhandlungsverfahren mit den anderen Staaten gründlich geändert werden. Die Handelsverträge wurden bisher verhandelt, bevor sie abgeschlossen waren. Wenn dann im Reichstage die verhandelten wirtschaftlichen Anknüpfungen zur Sprache kamen und vor allem der betrimte Konventionenstandpunkt zutage trat, der sich ja gewöhnlich mit den Interessen des Auslands deckt, so wurde unseren Unterhändlern die Arbeit außerordentlich erschwert. Ich schlage vor, daß die Verhandlungen unserer Unterhändler gefördert werden durch einen Bericht des Reichstages, der die ihm durch Artikel 11 der Reichsverfassung gewährten Rechte, wonach ein Handelsvertrag zwar vom Bundesrat abgeschlossen werden kann, zu seiner Gültigkeit aber die Genehmigung des Reichstages erforderlich ist. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist dieser Modus bereits eingeführt. Jedenfalls müßte wir uns auf wirtschaftlichem Gebiete zu einem scharfen Kampfe rufen. Wir brauchen den Kampf aber nicht zu scheuen, dazu ist die Kaufkraft unseres inneren Marktes zu hart geworden. Durch keinerlei Drohungen dürfen wir uns ablassen lassen, den Grundgesetzen treu zu bleiben, die uns zu nationalem Wohlstand geführt haben. (Beifall.) In seiner Resolution verlangte der Redner a) volle Klarstellung unserer gegenwärtigen Produktionsverhältnisse in allen Betriebszweigen, b) statistischer Nachweis der in den einzelnen Betriebszweigen auf dem Gebiete lebenden Arbeiter, c) Prüfung und Nachweis der unter den jetzigen Vertragsbestimmungen hervorgerufenen Mißstände.

Hofrat Stieda (Leipzig) behandelte sodann die Zentralisation des landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitsnachweises zum gegenseitigen Ausgleich der Arbeitskräfte. Der Redner forderte öffentliche gemeinschaftliche Arbeitsnachweise für erforderlich und brachte einen entsprechenden Antrag ein. — Sein Korreferent war Freiherr v. Lettau-Toll (Straphausen). An letzter Stelle behandelte Deponemierat Säuberlich (Götting) die Frage: Auf welche Weise ist eine wirtschaftlich zweckmäßige Verwendung der lebenden Kartoffelenergie heranzustellen? Redner empfahl den Beitritt zu der „Gesellschaft zur Förderung des Baues und der wirtschaftlichen und zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln“. — Sämtliche vorgelagten Resolutionen wurden angenommen.

Deutsches Reich.

Die Reichsverbundungsstelle.

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbetagungsrat hat beauftragt im verflochtenen Jahr beschließen, zur besseren Pflege des Verbundungsweins ein besonderes Amt neben seiner Geschäftsstelle in Hannover zu errichten. Annehmlich hat der Kammertag endgültig beschlossen, lediglich die Hauptstelle in Hannover zu begründen. In diesem Beschluß ist nicht nur der Handwerks- und Gewerbetagungsrat beteiligt, sondern verschiedene der wichtigsten Verbände haben sich ihm und damit der Reichsverbundungsstelle angeschlossen, und zwar der Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsvereinigungen, vertreten durch den Abgeordneten Dr. Eriger, der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften, der Verband deutscher Gewerbetreibender und Handwerkervereinigungen, vertreten durch den Geh. Regierungsrat Koch, der Deutsche Werkbund und der Zentralverband deutscher Innungsverbände. Damit haben sich, man darf wohl sagen zum ersten Male, die größten und einflussreichsten Verbände des Handwerks zu einem gemeinsamen Unternehmen zusammengetan, worüber man nur seine Befriedigung ausdrücken kann. Und zwar um so mehr, als gerade die erwähnten Verbände in anderen Branchen bisher nicht zusammenkommen konnten. Bessere Erwerbsverhältnisse hat man den Reichsdeutschen Mittelstandsverband, der sich ebenfalls mit der Reichsverbundungsstelle bemüht hat, nicht mit beteiligt. Verweise, ihn mit heranzuziehen, scheiterten an dem einmütigen Widerstand der Beteiligten. Die erwähnten Verbände wollen die Kosten des neuen Unternehmens gemeinsam aufbringen, die Reichsregierung aber um eine Beihilfe angehen.

Am 10. Februar hat die Reichstagskommission für Hausierhandel und Wanderläger am Mittwoch mit 19 gegen 8 Stimmen den § 1 der Bestimmungen betreffend die Mittel zur Vertiefung der Empfängerin unter Veränderung des vom Zentrum vorgelegten Gesetzentwurfes nach einem national-liberalen Antrage an. Hiernach kann der Bundesrat den Verkehr mit Mitteln zur Vertiefung der Empfängerin ebenso den Verkehr mit Mitteln zur Vertiefung der Empfängerin, soweit nicht Bestimmungen des gesundheitlichen Schutzes entgegenstehen. Die Bundesratsanordnungen sind dem Reichstage sofort bekannt zu machen. Die Einfuhr der verbotenen Gegenstände ist ebenfalls untersagt. Die §§ 2 und 3 enthalten Strafbestimmungen und werden nach dem Zentrumsentwurf angenommen. Die Besprechung wendet sich dann dem Versteigerungs- und die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Warteten. Aus dem Reichstage wird uns berichtet, daß die Kommission für die Frage der Abgrenzung von Militär- und Zivilgewalt, die sog. Zaben-Kommission, vorläufig keine Sitzung abgehalten wird. Man will warten, bis der Militärret in zweiter Lesung im Plenum beraten wird, wobei Erklärungen des Kriegsministers zu dieser Frage erfolgen sollen. — Es heißt ja, daß entsprechend den Wünschen der süddeutschen Regierungen die Wünsche des Reichstages auf Vereinfachung des Rechtes zum Einfehren für das Militär berücksichtigt und die Kabinettsordre von 1820 fallengelassen ist. Qui vivra, verra!

In der Debatte der Wiederabnahme von Disziplinarverfahren wurde gestern in der Reichstagskommission der Standpunkt der Regierung, den Freizeitsprecherin lebhaft Worteseld für die Zeit nach der früheren Verteilung zu gewähren, von mehreren Seiten bekämpft. Man forderte, daß die vollen bündischen Besätze gewährt werden sollen. Eine Abstimmung erfolgte noch nicht.

Die Ernennung eines deutschen Kurienkardinals ist mehrfach gemeselt worden. Die „Bayrische Staatszeitung“ meldet aber: „Die Nachrichten über eine bevorstehende Ernennung des Erzbischofs von München zum Kardinal sowie die daran geknüpften Erörterungen beruhen auf mäßiger Erfindung.“

30 000 Schmähsendungen an den Obersten von Keuter. Wie der „Braunschweiger Landeszeitung“ aus Straßburg gemeldet wird, hat Oberst von Keuter außer den bereits gemeldeten Glückwünschen anlässlich seiner Freipredigt auch über 30 000 Briefe, Postkarten und Telegramme beabzugen-

den und schmähenden Inhalts aus Tisch-Vorbringen ausgehelt.

Portenachrichten.

Neuer fortschrittlicher Verein.

In Kietleben fand Mittwoch abend im Gasthaus „Der Lanne“ eine öffentliche Versammlung statt. Herr Pätzsch referierte über „Zukunftsaufgaben“. Von den Reden der Herren Graf Schwerin-König und der Freigedankten des Grafen von Wartburg im Herrenhause sowie der Tagung des Bundes „die“ freigedankten Leute ausgehend, wies der Vortragende nach, daß auch heute noch der Reichsdeutsche in den Köpfen unserer Jünger kein Raum hat. Die fortschrittliche Volkspartei will ein starkes bündisches Freigedanken; sie ist aber der Meinung, daß Freigedanken nur dann seine Bormachstellung im Reiche wird behaupten können, wenn das preußische konstitutionelle Leben nicht unter dem Druck reaktionärer Staateinrichtungen erfährt. Wenn eine Erweiterung der Volkssouveränität verlangt wird, so bedeutet dies in keinem Falle ein Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers. Es soll nicht der alte Junkerstaat, nicht ein Militärstaat, sondern ein moderner Rechtsstaat errichtet werden, in dem Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit als Marksteine zu gelten haben.

Nach lebhaftem Beifall setzte eine rege Aussprache ein, in der besonders Bezug auf die Reform des preußischen Wahlrechts und die Vereinfachung der Wahlkreise genommen wurde. Auch die Vertretung einer Kandidatur der Landgemeindeordnung und des ländlichen Wahlrechts wurde in den Kreis der Erörterung gezogen.

Schließlich konstituierte sich mit 32 Mitgliedern eine Ortsgruppe Kietleben und Umgebung der fortschrittlichen Volkspartei. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Kaufmann Dolling, als Vorsitzender, Rektor Hebel, als dessen Stellvertreter, Hermann Küster, als Kassierer, Grubensteiger Winkler, als Schriftführer und Maschinenmeister Hennicke, Monteur Pappellbaum und Steinbruchmeister Fischer als Beisitzer.

Fortschrittliche Versammlung in Bad Schmiedeberg.

In seiner letzten Sitzung hat die Liberale Verein folgende Resolution gefaßt: „Wir halten die Reform des preußischen Wahlrechts nach wie vor für eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart. Deshalb bitten wir die Fraktion, einen Wahlrechtsantrag einzubringen, der auf die Einföhrung der geheimen und direkten Wahl abzielt, aber zugleich so gestaltet ist, daß er einerseits die Wahlfreiheit aller verbürgt und andererseits der Industrie, dem Handel und Handwerk, dem mittleren und kleinen Landwirt, dem Beamten und Arbeiter zu seinem Recht verhilft.“
Anschließend können wir nicht unangefprochen lassen, daß nach unserer Ueberzeugung die Art, wie der Graf von Wartburg in der Sitzung des preußischen Herrenhauses vom 10. Januar d. J. das Preußentum vertrat, uns dazu angehen erregt, die Fortentwicklung der Reichseinheit — die wir in der immer uniger werdenden Verflechtung der deutschen Stämme erblicken — geradezu bedroht. Da wir als Bewohner Mitteldeutschlands das natürliche Bindeglied zwischen dem Süden und Norden sind, so bedauern wir ein derartiges Vorgehen aufs tiefste und erheben als gute Deutsche zugleich dagegen energischen Protest.“

Im das Mandat des Grafen Miellesinski. In einer Montag in Polen abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung sämtlicher deutscher Vereinen des Wahlkreises Oberrieth-Straßburg-Schwerin e. B. ist für die am 17. März d. S. stattfindende Reichstagsantragswahl im zweiten Wahlkreise, die durch die Mandatsübernahme des Grafen Miellesinski erforderlich geworden ist, der konservative Rittergutsbesitzer Hugo Radlitz auf Lewitz als gemeinsamer deutscher Kandidat aufgestellt worden.

Frühjahrstagung der National-liberalen Partei. Im Reichstagsgebäude tagte Mittwoch nachmittags der Geschäftsleitende Ausschuss der National-liberalen Partei, um sich über die demnächst fällige Einberufung des Zentralvorstandes schuldig zu werden. Wie wir hören, soll die Frühjahrstagung des Zentralvorstandes am letzten Sonntag im März stattfinden.

Veranstaltungen des Sanitätsbundes. Das Präsidium des Sanitätsbundes hat beschlossen, anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des Bundes den Gesamtschluß im Laufe des Juni zusammenzubringen; ferner wurde für den November die Abhaltung einer Sanitätswoche und event. eines Sanitäts-Tages in Aussicht genommen.

Ausland.

Krieg?

Der Brüsseler „Sour“ meldet: Ein am 9. Februar eingegangener Ertrag des belgischen Verkehrsministers verfußt, unter Hinweis auf die internationale Lage die tunlichst umgehende Auffüllung der Kohlenreservenlager der belgischen Staatsbahnen.

Wenn das wahr ist, dann erwartet man also in Belgien einen neuen Krieg. Aber zwischen wem? Doch wohl nur zwischen Griechenland und der Türkei!

Bestes Mundwasser der Welt

Wer Obol konsequent täglich anwendet übt nach unserer heutigen Kenntnissen die dentale beste Zahn- und Mundpflege aus.

Preis: 1/4 Mark (Monat answaschen) Dr. Loh

